



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Horst Arnold, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Nata-scha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter** und **Fraktion (SPD)**

### **Ein starkes Zeichen gegen Gewalt – gemeinsam gegen Gewalt!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt die anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg stattgefundenen Gewaltexzesse auf das Schärfste. Gewalt gegen Personen und die mutwillige Zerstörung fremden Eigentums sind keine legitimen Mittel im politischen Meinungskampf und dürfen nicht toleriert werden, gleichgültig ob sie von Rechtsextremisten, Islamisten oder sogenannten Linksextremisten begangen werden. Schon die Sympathie für Gewalt in der politischen Auseinandersetzung oder die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols ist falsch, gefährlich und in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hinnehmbar.

Der uneingeschränkte Dank des Landtages gilt insbesondere den bayerischen Einsatzkräften, den Einsatzkräften der Polizeien der Länder und des Bundes sowie den Rettungskräften, die mit ihrem Einsatz die demokratische Grundordnung und den Rechtsstaat konsequent verteidigt haben.

Der Landtag wendet sich gegen alle Versuche, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, den Ersten Bürgermeister von Hamburg, Olaf Scholz oder die Sicherheitsbehörden und Polizeieinsatzkräfte als Verant-

wortliche oder gar als Mitverursacher der Eskalation der Gewalt in Hamburg darzustellen. Die Verantwortung für die kriminellen Gewaltexzesse tragen ausschließlich die Gewalttäter selbst.

Die Ereignisse in Hamburg zeigen einmal mehr, wie dringend notwendig es ist, dass sich alle demokratischen Parteien gemeinsam gegen jegliche politisch oder religiös motivierte Gewalt positionieren. Gegenüber Angriffen auf Menschen oder Sachen darf es keine Toleranz geben.

Gleichzeitig ist die Prävention gegen Radikalisierung und Gewalt auszubauen und zu intensivieren. Dazu gehört neben dem Ausbau von Handlungskonzepten auch die verstärkte Beobachtung gewaltbereiter Gruppierungen durch den Staatsschutz und die Polizei. Dafür müssen auch ausreichend personelle Grundlagen geschaffen werden, um die konsequente Anwendung des Strafrechts zu gewährleisten.

Ebenso unterstützt der Landtag eine bessere und umfassende Zusammenarbeit und Vernetzung der europäischen Sicherheits- und Polizeibehörden etwa durch europäische Gewalt- und Terrorismusdatenbanken. Präventivmaßnahmen, Verfolgung und Bestrafung dürfen nicht an europäischen Grenzen scheitern.

Der Landtag spricht sich für eine deutliche Erhöhung der Planstellen bei der Polizei des Bundes und der Länder sowie eine verbesserte Ausstattung aller Einsatzkräfte aus, um die verhängnisvollen Sparmaßnahmen der Vergangenheit in diesen Bereichen schnellstmöglich auszugleichen.

Bei allen kriminellen Angriffen auf den Rechtsstaat spricht sich der Landtag uneingeschränkt für die Gewährleistung des Versammlungsfreiheitsgrundrechts aus.